

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Dei relative Bedeutung der Souveränität

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1958) : Dei relative Bedeutung der Souveränität, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 2, pp. 72-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132593>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

letzten vier Wochen vor seiner Krankheit Überstunden gemacht und dadurch sein normales Einkommen erhöht, so bekommt er während der Krankheitsdauer 90% des um die Überstundengelder erhöhten Nettolohnes. Hier kann es sich u. U. um ganz erhebliche Mehrbeträge handeln. Eine derartige Übertragung von Überstundengeldern auf die Zeit der Arbeitsunfähigkeit kennt der Angestellte nicht.

Am Rande sei noch erwähnt, daß der Arbeiter in vielen Fällen außerdem noch einen Zuschuß von seiner Gewerkschaft bekommt, wenn er eine gewisse Zeit krank ist. Diese Tatsachen lassen zum mindesten den Schluß zu, daß es nicht ganz einfach ist, die Frage zu beantworten, wer eigentlich beim gegenwärtigen Stand der Dinge in einer besseren Lage ist, der Angestellte oder der Arbeiter.

Die ungleichen Karenztage

Die gesetzliche Regelung mit den Karenztagen scheint von niemand als glücklich empfunden zu werden. Wer 14 Tage krank ist, bekommt die ersten beiden Tage nicht mitbezahlt; wer 15 Tage nicht zur Arbeit erscheint, hat Anspruch auch auf Bezahlung der ersten beiden Tage. Es wird doch ein erhebliches Maß an Verantwortungsbewußtsein vorausgesetzt, wenn man erwartet, daß der wieder Arbeitsfähige nach 9, 10 oder 11 Tagen wieder in den Betrieb kommt, um

sich durch den Verlust der Bezahlung für die 2 Karenztage dafür bestrafen zu lassen, daß er nicht 15 Tage ferngeblieben ist.

Warum steigt die Zahl der Krankheitsfälle?

Aus den bisher bekanntgewordenen Statistiken geht hervor, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Zahl der Krankheitsfälle und teilweise der Bagatellunfälle, bei denen es keine Karenztage gibt, „ruckartig in die Höhe gegangen“ ist. Die Krankenkassen sind dadurch in eine sehr prekäre Lage geraten, sie mußten ihre Beiträge erhöhen, die nicht zuletzt auch von den Mitgliedern aufzubringen sind, die kein Krankengeld beansprucht haben. Klagen der Unternehmer über den Differenzbetrag, den sie zahlen müssen, hat man weniger gehört, wohl deshalb, weil im Einzelfall die Differenz zwischen den 65% (bis 75%) des Bruttolohnes, die von den Krankenkassen aufgebracht werden, und den 90% vom Nettolohn nicht so sehr ins Gewicht fällt.

Unglücklicherweise brach bald nach der Einführung des neuen Gesetzes die Grippewelle aus, so daß es sehr schwer ist, abzugrenzen, inwieweit die gesetzliche Regelung und inwieweit die Grippe für die Zunahme der Krankmeldungen verantwortlich zu machen sind. Immerhin ist von Krankenkassen berichtet worden, daß manche Grippewellen die Lohnempfänger

sehr stark, aber die Gehaltsempfänger kaum in Mitleidenschaft gezogen haben.

Sicher spielt ein psychologisches Moment eine sehr große Rolle: Traditionsgemäß fühlt sich der Angestellte seinem Betrieb so stark verbunden (dasselbe dürfte für den Stamm der älteren Arbeiter eines Betriebes gelten), daß er nur im Falle wirklicher Arbeitsunfähigkeit zu Hause bleibt. Niemand befürchtet, daß der Angestellte deshalb feiert, weil er sein Gehalt weiterbezahlt bekommt. Diese Verbundenheit besteht in wesentlich geringerem Maße bei bestimmten Gruppen jüngerer Arbeiter und Arbeiterinnen, die zudem in den jetzigen Zeiten der Vollbeschäftigung nicht die Sorge zu haben brauchen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Warum sollen sie nicht die Möglichkeiten ausnutzen, die ihnen das Gesetz in großzügiger Weise bietet, als das wohl ursprünglich gedacht war?

Deshalb wurden im Parlament bereits Anträge gestellt, die darauf abzielen, die „Auswüchse“ des Gesetzes zu beseitigen. Diese sieht man in erster Linie in der unglücklichen Regelung der Karenztage und in der Einbeziehung der Überstunden usw. in die Bemessungsgrundlage für den Zuschuß des Arbeitgebers. Man wird noch weitere Erfahrungen sammeln müssen, um zu wissen, wie eine vernünftige Regelung aussehen muß. (H. L.)

Zur Debatte steht: Blockbildungen im Nahen Osten?

Seit dem Zusammenstoß europäischer Großmächte auf außer-europäischem Boden ist der Nahe Osten ein Feld der Mächterivalität. Alle dort operierenden Mächte und Mächtigkeitsgruppen bemühen sich, möglichst viele Gebiete zu beherrschen oder durch Bündnisse an sich zu binden.

Großbritannien bemühte sich um einen „Nahostpakt“ zur Sicherung gegen Frankreich, Deutschland, Italien und die Sowjetunion. Es suchte Schwerpunkte für diesen Pakt in Ankara, Bagdad, Jerusalem oder Kairo. Es versuchte seine Kombi-

nation mit Nord- und Ostafrika. Die letzte große Anstrengung wurde im zweiten Weltkrieg unternommen, als britische Truppen in das von Vichy-Generalen verteidigte Syrien einrückten, die Oberherrschaft über den Irak sicherten und zum zweitenmal im Iran einmarschierten. Die Zusammenfassung des Nahen Ostens unter britischer Leitung blieb ein kurzer Traum, sie erwies sich als unmöglich, als Großbritannien die Palästina- und die Suezfrage nicht lösen konnte und seine Kräfte im Ostmittelmeer ständig schwächen mußte.

Dann wurde Großbritannien durch die USA entweder abgelöst oder zu neuen Bemühungen befähigt. Das Ergebnis sind amerikanische Positionen auf der Arabischen Halbinsel und ein unsicheres Bündnisystem zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran und Pakistan, das von Großbritannien gestützt wird, außerdem ein teils mehr amerikanischer, teils mehr britischer Einfluß in Jordanien, Israel und dem Libanon. Das auf dem Gebiet dieser Staaten aufgebaute System ist kein Block, sondern eine Zone, in der die USA und Großbritannien

gemeinsam und doch rivalisierend um eine Erhaltung gewisser Einflußmöglichkeiten bemüht sind. Der Bagdadpakt ist wirtschaftlich, militärisch und politisch von geringer Bedeutung, er ist nur eine diplomatische Absprache, die allerdings Möglichkeiten der Ausfüllung eröffnet.

Ebensowenig sind die Operationen der Sowjetunion auf diplomatisch-wirtschaftlichem Gebiet als Blockbildung anzusprechen. Die sowjetische Politik hat gewisse Wünsche einzelner Staaten befriedigen können und dadurch ihr Prestige erhöht, — das ist alles.

Ein wirklicher Block aber müßte sich nicht auf schwankende Kombinationen stützen, sondern auf einheimische Kräfte. An einheimischen Kräften gibt es im Nahen Osten den fanatischen Lebenswillen Israels und der Türkei, der sich jedoch jeweils auf enge geographische Grenzen beschränkt, — und außerdem den arabischen Nationalismus, der Iran und Pakistan nicht einbeziehen kann, schließlich die Möglichkeit einer islamischen Renaissance.

Der Islam zwischen Senegal und Indonesien, Turkestan und Sansibar ist nicht als blockbildende Kraft anzusprechen, er kann den Modernismus westlicher oder sowjetischer Art, die jüdischen und christlichen oder stammesreligiösen Enklaven, die eigenen Konfessionsspaltungen und Sektiererereien nicht zusammenfassen. Der arabische Nationalismus ist eine Bewegung des Geistes und Gefühls, nicht aber Grundlage für einen politischen oder wirtschaftlichen Block. Er ist zwischen einer traditionalistischen und einer modernen, einer liberal-bürgerlichen und einer autoritär-kleinbürgerlichen Richtung gespalten und hat viel zu tun, uralte Interessengegensätze der alten Zentren Bagdad, Damaskus, Jerusalem und Kairo zu überwinden, nicht zu reden vom westlichen Nordafrika oder der Arabischen Halbinsel. So gibt es keinen Block, zu dem Tunesien und Ägypten, Syrien und der Irak, der Sudan und der Jemen gehören könnten, sondern diese Länder sind nur durch Sympathien verbunden, die gelegentlich zu Reaktionen werden können.

Israel weiß, was es will. Von der Türkei hat man immer eine ähnliche Zielstrebigkeit angenommen, seit sie in die kemalistische Periode eintrat. Aber in den arabischen Ländern ist der Kampf um das Ziel noch nicht beendet. Soziale Realitäten und Theorien suchen sich lokale Schwerpunkte, wie das bei räumlich geteilten Nationen üblich ist. Ein Landesteil der arabischen Welt versucht eine soziale Umwandlung, ein anderer die soziale Restauration. In beiden Teilen gibt es Sympathisierende der jeweils anderen Richtung, die in der engeren Heimat als Verräter behandelt werden. Daher sind die Länder der Arabischen Liga kein Block. Sie sind nur ein „Block“ der Abwehr gegen Störungen von außen bei den innerarabischen Nöten.

Gegen diese Störungen haben sich Ägypten und Syrien zusammengeschlossen. Über die Abwehriabsicht hinaus hat der Zusammenschluß noch keine Realität. Er ist nur Kern eines neuen „Blocks“, in dessen Rahmen vorläufig die ur-

alte Spannung zwischen Damaskus und Kairo, zwischen ansiedlungsfähigem und überbevölkertem Land überbrückt ist. Diese Überbrückung soll die britisch-amerikanischen Einflußnahmen vermindern und damit der Sowjetunion die Chancen des Eingreifens sperren. Sie ist also auch in erster Linie nur Programm und Absicht.

Es ist zu fragen, weshalb die Weltpresse schlagartig von Blockbildungen im Nahen Osten spricht, wo es wirklich nur „Blocks“ und nicht Blocks sind. Vielleicht glaubt man, im Nahen Osten ein Experimentierfeld für Blockbildungen zur Verwertung überentwickelter Kapazitäten sehen zu können? Für den Nahen Osten und die Welt wäre es besser, wenn die sich ankündigenden sozialen Wandlungen ohne Intervention von außen vollzogen werden könnten. Der Nahe Osten ist ein Block der gemeinsamen Not, ein Block der Reform- und Hilfsbedürftigen, — nicht aber ein Machtblock oder ein Feld für fremde Machtblocks. (ff)

Die relative Bedeutung der Souveränität

Der mit der Entwicklung der Staatstheorie entstandene Begriff der Souveränität spielt zwar auch heute noch in der politischen Diskussion eine große Rolle, er hat aber viel von seinem Ausschließlichkeitsanspruch verloren. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung tendiert dahin, daß der Begriff der Souveränität immer mehr zu einem Insignum ohne Inhalt entwertet wird. Wir haben uns schon lange daran gewöhnt, die Souveränität nach Funktionen aufzuspalten, d. h., die Souveränität als Unteilbares einer Summation von einzelnen Hoheitsrechten zu opfern.

Dabei ist es nicht uninteressant, daß wir eine Gegenbewegung der Tendenzen beobachten können: einer fortschreitenden Auflösung der Nationalstaaten durch Aufgabe von Hoheitsrechten steht eine Kristallisierung von Völkerschaften zu neuen Nationalstaaten gegenüber. Aber diese Gegenbewegung ist nur scheinbar. Bei ihrem Streben nach politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit werden sie in einem frühen Stadium die Grenzen ihrer Souveränität erkennen. Auch für sie wird die Souveränität nur in einer Summation von Hoheitsrechten bestehen.

Diese Entwicklung zur stufenweisen Auflösung des souveränen Nationalstaates wird von zwei völlig verschiedenartigen Kräften vorangetrieben. Die eine Kraft resultiert aus dem Übergewicht, das politisch und wirtschaftlich mächtige Staaten zu einem Druck auf schwächere Staaten ausnutzen. Die in diese Richtung wirkenden Kräfte tendieren zu einer Polarisierung, die sich heute bereits deutlich abzeichnet. Die endogenen Kräfte, die auf eine Auflösung von Nationalstaaten wirken, resultieren aus der eigenen Erkenntnis der Hoheitsträger, daß der eigene Raum für die weitere Entfaltung des wirtschaftlichen und politischen Potentials zu eng ist. Man tritt Souveränitätsrechte freiwillig ab. Diese Tendenzen führen zur Gruppenbildung.

Die Gruppenbildung, die größere wirtschaftliche und politische Räume entstehen läßt, potenziert das Eigengewicht der früheren Einzelstaaten. Sie allein kann der verhängnisvollen Polarisierung entgegenwirken. Im eigenen Interesse sollten die rivalisierenden Großmächte eine solche Gruppenbildung stützen und schützen, weil dadurch die Gefahr einer frivolen Machtprobe vermindert wird. (sk)